
Presseinformation

Berlin, den 30. Januar 2018
Nr. 5, 2018

Verband Deutscher
Verkehrsunternehmen e. V.
Lars Wagner
Pressesprecher
T 030 399932-14
wagner@vdv.de

Als Anreiz zum Umstieg: VDV fordert Steuerbefreiung für Jobtickets

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) setzt sich für die Wiedereinführung steuerfreier Jobtickets im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein. Der Verband sieht darin eine wirksame und relativ schnell umsetzbare Maßnahme, um die Emissionen vor allem im innerstädtischen Verkehr erfolgreich und nachhaltig zu mindern. „Durch die Befreiung der ÖPNV-Jobtickets von der Einkommensteuer kann der Gesetzgeber einen wichtigen Anreiz setzen, um noch mehr Berufspendler zum Umstieg auf den umweltfreundlichen Nahverkehr zu bewegen. So würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den ÖPNV nutzen, nicht nur Emissionen sparen indem sie ihr Auto stehen lassen, sondern auch gleichzeitig bei ihrer Einkommensteuer entlastet. Kleinere Unternehmen hätten außerdem weniger bürokratischen Aufwand, wenn sie ihren Angestellten ein solches Angebot unterbreiten wollen. Das ist attraktiv für Pendler, hilft bei der Bewältigung der Luftreinhalteprobleme in den Städten und kann damit zur Vermeidung von Fahrverboten beitragen“, so VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Die Steuerbefreiung für Jobtickets im ÖPNV wurde im Jahr 2004 vom Bund abgeschafft. Seitdem können nur noch Tickets bis zu einem Betrag von 44 Euro pro Monat abgabenfrei gewährt werden. Gerade für die zunehmende Zahl an Pendlern, die längere Wege zur Arbeit zurücklegen müssen und damit mehr als 44 Euro monatlich für ein Jobticket zahlen müssten, ist die Bus- und Bahnnutzung preislich somit weniger attraktiv. Laut Statistischem Bundesamt nutzen etwa 68 % der Berufspendler das Auto. „Die meisten fahren morgens mit dem Auto in die Städte und Ballungsräume und abends wieder raus. Der PKW-Verkehr findet also genau dort statt, wo die Emissionsgrenzwerte im Verkehr bereits deutlich überschritten werden und Fahrverbote drohen“, so Wolff. Kleinere Unternehmen, erklärt Wolff weiter, scheuten zudem oft den mit der Einführung von Jobtickets verbundenen Bürokratieaufwand und das aktuell bestehende steuerliche Risiko der Überschreitung des Freibetrags und einer vollständigen Nachversteuerung dieser Tickets.

Steuerbefreiung von Jobtickets kostet nach VDV-Schätzung ca. 70 Millionen Euro jährlich

Der VDV schlägt deshalb vor, über die Steuerbefreiung dieser Tickets Anreize für Berufspendler und Unternehmen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bieten. „Wenn der politische Wille da ist, dann lässt sich das relativ schnell in die Tat umsetzen. Wer sich umweltfreundlich mit Bus und Bahn bewegt oder seine Angestellten dabei unterstützen möchte, der sollte entlastet werden. Zumal viele unserer Fahrgäste, die ein Jobticket nutzen, aus den unteren oder mittleren Einkommensschichten kommen“, so Wolff. Die rund sieben Millionen Jobticket-Abonnenten sind heute schon eine der größten Kundengruppen des öffentlichen Nahverkehrs. Eine Steuerbefreiung der Jobtickets würde den Staat nach Schätzungen des Verbandes pro Jahr etwa 70 Millionen Euro kosten. „Darüber hinaus müsste auch in den Kapazitätsausbau des ÖPNV investiert werden, denn gerade morgens und abends wenn die Pendler hauptsächlich fahren, sind Busse und Bahnen heute oft schon an der Kapazitätsgrenze. Aber, wenn die Verkehrswende mit Blick auf die Erreichung von Umwelt- und Klimaschutzzielen ernsthaft gelingen soll, dann muss man insgesamt auch mehr in den Neu- und Ausbau umweltfreundlicher Verkehrssysteme investieren“, so Wolff abschließend.